Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Stadtrates

am Dienstag, den 29.09.2020

im Onoldiasaal, Tagungszentrum Onoldia

Beginn:	16:00 Uhr
Ende	22:30 Uhr

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeister

Deffner, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Beyer, Elke	
Bucka, Markus, Dr.	abwesend ab TOP 11 nichtöffentlich
Danielis, Walter	
Eff, Hans Jürgen	
Erbguth-Feldner, Meike	
Fabi, Markus	abwesend bei TOP 7 öffentlich und ab TOP 14 nichtöffentlich
Forstmeier, Werner	
Görmer, Andreas	
Hessenauer, Walter	
Hillermeier, Joseph	abwesend bei TOP 4 und TOP 5 öffentlich
Holzhäuer, Hans, Dr.	
Homm-Vogel, Elke	
Huber, Franz Xaver, Prof. Dr.	abwesend ab TOP 13 nichtöffentlich
Hüttinger, Hannes	
Illig, Richard	
Kotzurek, Claus	
Kupser, Paul, Dr.	abwesend bei TOP 13, 14 und 15 öffentlich
Lintermann, Jochen	
Lösch, Daniel	
Meier, Johannes	
Meyer, Boris-Andrè	
Pollack, Kathrin	
Porzner, Martin	abwesend bei TOP 13, 14 und 15 öffentlich
Raschke-Dietrich, Monika	

Reisner, Frank	abwesend bei TOP 5 öffentlich
Rühl, Oliver	
Salinger, Stefan	
Sauerhammer, Gerhard	abwesend bei TOP 7 öffentlich
Sauerhöfer, Jochen	
Schalk, Andreas	abwesend bei TOP 7 öffentlich
Schaudig, Otto	
Schildbach, Milan	
Schildbach, Uwe	abwesend bei TOP 7 öffentlich
Schoen, Christian, Dr.	
Seiler, Friedmann	
Sichermann, Paul	
Stein-Hoberg, Sabine	
Stephan, Manfred	
Vogel, Nadine	
Ziegler, Bernd	abwesend bei TOP 9, 13, 14, 15 öffentlich

Schriftführerin

Thum-Wolf, Doris

Verwaltung

Albrecht, Christoph
Stöckert, Frank

Referenten

Büschl, Jochen
Jakobs, Christian
Kleinlein, Udo
Nießlein, Holger
Wilhelm, Nadja

Weitere Anwesende
Herr Dr. Gradl, Schulamtsdirektor zu TOP 1

Abwesende und entschuldigte Personen:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Vorstellung Herr Dr. Gradl; Leiter des staatlichen Schulamtes in Landkreis und Stadt Ansbach;

TOP 2 Anfragen/Bekanntgaben

TOP 3 Deckblatt Nr. 4 zum Bebauungsplan Nr. B13
"Änderung von Festsetzungen für einen Teilbereich nördlich der Werner-von-Siemens-Straße"
1) Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB

TOP 4 Vollzug der GO und der GeschOStR; Besetzung der Ausschüsse und Gremien

TOP 5 Mehrgenerationenhaus der Freiwilligenagentur Sonnenzeit; Kofinanzierung;

TOP 6 Aufnahme von Flüchtlingsfamilien;

TOP 7 Neufassung Hundehaltungsverordnung

TOP 8 Stadtbau Ansbach - Fischerstraße 2
Zustimmung zur Planung

TOP 9 Partnerschaftsanfrage Marienburg

TOP 10 Anpassung Mietobergrenzen im Stadtgebiet Ansbach für die Zeit ab dem 01.01.2020

TOP 11 Berufung neuer Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss (Wahlperiode 2020 - 2026)

TOP 12 Grundsatzbeschluss zur Weiterführung des Verfahrens des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. Ne 5 "für einen Teilbereich zwischen der St 2255 und dem Strüther Berg - Wohngebiet und Pflegeeinrichtung Weinberg West"

TOP 13 Aufhebung der Sanierungssatzungen

TOP 14 Theater Ansbach - Kultur am Schloss eG;
Jahresabschluss 2019

TOP 15 Theater Ansbach - Kultur am Schloss eG;
Wirtschaftsplan 2021

TOP 16 Standort der Skulptur „Lilith“

TOP 17 Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)

Oberbürgermeister Thomas Deffner eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Stadtrates geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Vorstellung Herr Dr. Gradl; Leiter des staatlichen Schulamtes in Landkreis und Stadt Ansbach;

Herr OB Deffner begrüsst Herrn Schulamtsdirektor Dr. Gradl und bedankt sich für seine Bereitschaft an der Sitzung heute teilzunehmen,

Herr Schulamtsdirektor Dr. Gradl stellt anhand einer Präsentation dem Gremium 3 Themen vor.

1. Klassenbildung
2. Migration
3. Digitalisierung

Die Präsentation hängt dem Protokoll an (Anlage 1).

Dient zur Kenntnis.

TOP 2	Anfragen/Bekanntgaben

2.1 Bekanntgabe Herr Nießlein

Herr Nießlein informiert das Gremium über eines am 25.09.2020 eingegangen Antrages der ödp, mit dem beantragt wurde *im Laufe des nächsten halben Jahres sukzessive alle Schulräume der Ansbacher Schulen mit kleinen (mobilen oder stationären) Lüftungsgeräten auszustatten. In einem weiteren Schritt sind auch die Kitas in die Planung einzubeziehen.*
Er erklärt weiter, dass der Antrag im Sinne der Geschäftsordnung verspätet einging und auch keine Dringlichkeit vorliege und somit eine Aufnahme in die Tagesordnung nicht möglich sei. Er schlägt vor, die fachlichen Stellungnahmen abzuwarten.
Herr Büschl ergänzt, dass das Umweltbundesamt die Lüftungsgeräte ebenfalls nicht empfiehlt. Zudem würden die Geräte nicht das Stoßlüften ersetzen.
Herr Jakobs erläutert die Fördermöglichkeiten. Angekündigt sei ein Bundesförderprogramm mit einer Förderung bis zu 40% und einem maximalen Betrag von 100.000 €. Gefördert werden sollen zudem nur größere Anlagen für Säle, aber keine kleinen mobilen Geräte.
Herr Forstmeier erhält als Antragsteller das Wort. Seines Wissens gäbe es ein bayerisches Förderprogramm. In vielen Schulen seien die Fenster nicht oder nur eingeschränkt zu öffnen und ein Stoßlüften daher nicht möglich. Seines Erachtens ist die Installation von kleinen Lüftungsgeräten die einzige Möglichkeit einen Unterricht in Coronazeiten stattfinden zu lassen.

2.2 Bekanntgabe Herr Jakobs

Herr Jakobs gibt bekannt, dass die Kommunalaufsicht bei der Regierung von Mittelfranken die überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen aus den Jahren 2013 bis 2017 als ordnungsgemäß erledigt ansieht.

2.3 Bekanntgabe zur aktuelle Sachstand der Bezuschussung von Stoffwindeln

Aufgrund einer Anfrage im Umwelt- und Verkehrsausschuss am 24.09.2020 informiert Herr Jakobs darüber, dass die Abwicklung der Zuschüsse zu Stoffwindeln bzw. erhöhtem Müllbedarf für Säuglinge über die Koki abgewickelt wird.
Ein Antrag auf Bezuschussung von Stoffwindeln in Höhe von 25 € wurde bisher lediglich 1x Anspruch genommen.

2.4 Anfrage Herr Schaudig

Herr Schaudig lobt den städtischen Wettbewerb zur Suche nach dem schönsten Motiv für die **städtische Weichnachts- und Neujahrsgrußkarte**. Er bittet um Information, welches Amt bzw. welche Personen hierüber die Entscheidung fällt.
Herr Stöckert teilt mit, dass die Jury bisher aus dem OB, der Kulturreferentin, Kunsterziehern und auch aus Vertretern des Theaters bestand.

2.5 Anfrage Herr Fabi

Herr Fabi zeigt sich verwundert darüber, dass der Landkreis nicht bereit sei zusammen mit der Stadt einen **Gemeinsamen Pflegestützpunkt** zu etablieren. Er bitten darum, die Thematik in der nächsten AG Gesundheit zu diskutieren. Zudem solle Herr Ob Deffner das Gespräch mit Herrn Landrat Dr. Ludwig suchen um hier doch noch eine gemeinsame Lösung zu finden.
Herr Nießlein erwidert, dass ihm Herr Landrat Dr. Ludwig in einem Gespräch mitgeteilt habe, dass der Landkreis keinen eigenen Pflegestützpunkt, sondern eine Fachberatung im Landratsamt einrichten möchte. Er werde das Projekt weiterhin in der Gesundheitsregion plus thematisieren. In den Haushalt 2021 werde man 20.000 € für die Planung einstellen.

2.6 Anfrage Herr Uwe Schildbach

Herr Uwe Schildbach erinnert an die Anfrage im Bauausschuss am 14.9. zum besorgniserregenden Zustand des **Skateparks**, dem Abbau der defekten Rampe und der Zusage innerhalb einer Woche über das weitere Vorgehen zu informieren. Dies sei leider nicht geschehen. Es solle heute ein Beschluss über die Neuanschaffung einer Rampe und die hierfür notwendigen außerplanmäßigen Mittel gefasst werden. Er bittet zudem um Information ob der bestehenden Skatepark saniert wird oder ein Neubau geplant werde, wie hierfür der Zeitplan aussehe und ob schon Informationen des beauftragten Architekten vorlägen, den Skatepark im Messegelände zu integrieren.
Herr Büschl antwortet, dass im Bauausschuss keine kurzfristige Lösung zugesagt wurde. Zusammen mit dem Sportamt stehe er in engem Austausch mit der IG Skatepark. Er könne heute keine Aussage dazu geben, in die Rampe saniert werden könne oder eine Ersatzbeschaffung notwendig werde. Sobald hier tragfähige Kosten vorliegen, wird dies im Gremium vorgestellt.

2.7 Anfrage Frau Erbguth-Feldner

Frau Erbguth-Feldner bittet um Informationen zum aktuellen Sachstand der **digitalen Leihgeräte und des Digitalisierungspaktes.**
Herr Jakobs erklärt, dass sich aufgrund eines Produktwechsels die Ausschreibung für die Leihgeräte verzögert habe. Am vergangenen Donnerstag sei der Zuschlag erteilt

worden. Nach einer voraussichtlich 15-tägigen Lieferfrist werden die digitalen Leihgeräte an die Schulen ausgegeben.
Der Warenkorb zum digitalen Klassenzimmer sei in Arbeit. In den nächsten Wochen werde der Warenkorb ausgeschrieben. In der letzten Sitzung des Jahres soll im Rahmen der Haushaltsverabschiedung ein Beschluss hierfür gefasst.

2.8 Anfrage Herr Meyer

Herr Meyer erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Rückgabe des Areal der Barton Barracks an die Stadt Ansbach.
Herr Deffner erklärt, dass das Areal an die Bundesrepublik Deutschland zugegeben werde und nicht an die Stadt Ansbach. Wenn der Wunsch nach der Fläche bestehe, müsse Geld investiert werden.
Herr Büschl ergänzt, dass er regelmäßig an den Sitzungen des Arbeitskreises Konversion teilnehme. Sobald er von dort neue Erkenntnisse erhalte, werde er das Gremium informieren. Den Rückgabeprozess könne die Stadt zeitlich nicht beeinflussen. Es bestehe ein Erstzugriffsrecht für die Kommunen, sofern eigene Bedarfe des Bundes nicht bestünden.

2.9 Anfrage Herr Prof. Dr. Huber

Herr Prof. Dr. Huber merkt an, dass das zentrale **Corona-Testzentrum** sehr kurzfristig in der Turnhalle in Schalkhausen in einem Wohngebiet mit einer ungünstigen Verkehrsanbindung etabliert. Zudem käme es schon jetzt zu ungewollten Kontakten mit „Abstrich-Patienten“. Für eine im Herbst befürchtete zweite Coronawelle sei der derzeitige Standort ebenso ungeeignet wie für die Einrichtung möglicher flächendeckender Fieberambulanzen. Er stelle sich die Frage, ob es möglich sei, zeitnah einen geeigneteren Standort zu finden.
Herr Deffner erwidert, dass auch er über den Standort nicht glücklich sei. Man hatte nur wenige Tage Zeit, um einen Standort zu finden. Die Suche nach einem neuen Standort sei nicht einfach, da die Vermieter an einem längerfristigen Mietvertrag interessiert seien. Deswegen prüfe man aktuell Flächen für einen Container-Standort. Hierbei sei allerdings ein umfangreicher Kriterienkatalog abzuarbeiten. Als möglicher Standort käme eventuell das Messegelände in Betracht. Man arbeite an einer zeitnahen Lösung.

2.10 Anfrage Frau Raschke-Dietrich

Frau Raschke-Dietrich bittet zu klären, warum die **Turnhalle der Realschule** in der Ferienzeit für die Ansbacher Vereine nicht buchbar sei, obwohl ein Drittel der Halle der Stadt gehöre.
Herr Deffner sagt eine Überprüfung zu und wird dem Gremium anschließend berichten.

Vor Eintritt in den nächsten Tagesordnungspunkt teilt Herr OB Deffner mit, dass der **TOP 8** für die heutige Sitzung **abgesetzt** werde.

TOP 3	**Deckblatt Nr. 4 zum Bebauungsplan Nr. B13 "Änderung von Festsetzungen für einen Teilbereich nördlich der Werner-von-Siemens-Straße" 1) Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB**

Herr Büschl erläutert den Sachverhalt:

Ein in der Region ansässiges Unternehmen möchte sich im Gewerbegebiet Brodswinden Süd in Ansbach niederlassen, da am bisherigen Standort derzeit keine Erweiterungspotenziale bestehen. Geplant ist in einer ersten Phase der Bau einer Gewerbehalle für Lager- und Vertriebszwecke und eines mehrgeschossigen Verwaltungsgebäudes für das Unternehmen.

In diesem Zusammenhang werden nicht nur die bereits bestehenden gewerblichen Bauflächen in der Größe von ca. 25.800 m² nördlich der Werner-von-Siemens-Straße und westlich des ehemaligen Fotogroßlabors veräußert, sondern auch eine ca. 6.000 m² große Waldinsel. Letztere soll als private Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Wald“ planerisch umgewidmet werden. Darüber hinaus wird aufgrund des bestehenden Wachstums angestrebt, eine ca. 22.300 m² große Erweiterungsfläche nach Norden vorzubereiten. Diese ist derzeit als Fläche für den Ausgleich von Eingriffen festgesetzt und wurde und vor einigen Jahren mit Obstbäumen bepflanzt. Die Fläche westlich des Autohauses soll wieder als Gewerbegebiet festgesetzt werden, wie das bereits bei der Erstplanung festgesetzt und abgewogen worden war. Als Ersatz für den zusätzlichen Eingriff wird eine Alternative vorgeschlagen.

Für die Änderungen des Bebauungsplans B13 „für den Bereich westlich der Rudolph-Diesel-Straße zwischen der Ortsumgehung Brodswinden und der Autobahn A6“ und dessen Deckblätter besteht Planerfordernis, welches durch einen Änderungsbeschluss in das neue Deckblattverfahren münden soll.

Aus dem Gremium heraus wird darauf hingewiesen, dass die neu zu bestimmende Ausgleichsfläche möglichst in räumlicher Nähe liegen soll und die gepflanzten Obstbäume auf die neue Ausgleichsfläche umgepflanzt werden sollen.

Beschluss:

Für die Ansiedlung einer Gewerbeimmobilie wird der Bebauungsplan B 13 „für den Bereich westlich der Rudolph-Diesel-Straße zwischen der Ortsumgehung Brodswinden und der Autobahn A6“ geändert. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung „Deckblatt Nr. 4 zum Bebauungsplan Nr. B 13 ‚Änderung von Festsetzungen für einen Teilbereich nördlich der Werner-von-Siemens-Straße‘“. Der Geltungsbereich entspricht dem im Bebauungsplanentwurf vom 22.09.2020 festgesetzten Geltungsbereich.

Abstimmungsergebnis: Ja 31 Nein 10
Mehrheitlich beschlossen.

TOP 4	Vollzug der GO und der GeschOStR; Besetzung der Ausschüsse und Gremien

Herr Nießlein gibt bekannt, dass in Folge des Ausscheidens von Herrn Schenkelberg ein Nachfolger für die Trägerversammlung des Jobcenter Ansbach benannt werden muss. Die Verwaltung schlägt hierfür Herrn Holger Nießlein vor.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt Herr Holger Nießlein als Nachfolger für Herrn Schenkelberg in die Trägerversammlung des Jobcenter Ansbach.

Einstimmig beschlossen.

TOP 5	Mehrgenerationenhaus der Freiwilligenagentur Sonnenzeit; Kofinanzierung;

Herr Nießlein gibt bekannt, dass der Stadtrat in seiner Sitzung am 14.3.2017 folgendes einstimmig beschlossen hat:
„Der Stadtrat bekennt sich zum Mehrgenerationenhaus der Freiwilligenagentur Sonnenzeit. Dieses ist Bestandteil der kommunalen Planungen zum demographischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung. Dieser Beschluss gilt für die gesamte Laufzeit des Bundesprogramms Mehrgenerationenhaus bis 31.12.2020“.

Das Bundesprogramm wurde für den Zeitraum 2021 bis 2028 neu aufgelegt. Um weiterhin Fördergelder zu erhalten, sei ein gleichlautender Beschluss notwendig. Die Freiwilligenagentur SonnenZeit möchte das Mehrgenerationenhaus weiter betreibe, daher sei eine Sicherung der Förderung erforderlich.

Beschluss:

Der Stadtrat bekennt sich weiterhin zum Mehrgenerationenhaus der Freiwilligenagentur Sonnenzeit.

1. Dieses wird in die kommunalen Aktivitäten zur Schaffung guter Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger eingebunden
sowie
2. weiterhin in die kommunalen Planungen bzw. Aktivitäten zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses eingebunden.

Einstimmig beschlossen.

TOP 6 Aufnahme von Flüchtlingsfamilien;

Herr Nießlein betont einleitend, dass die Stadt Ansbach bei der Betreuung und der Unterbringung von Flüchtlingen aktuell eine vorbildliche Rolle einnehme. Die Zuweisungsquote liege bei 180% und sei der höchste Wert in Mittelfranken.
Die aktuelle Notlage nach der Brandkatastrophe im Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos stelle auch für die Stadt Ansbach eine neue Herausforderung dar, auf die auch reagiert wurde. Mit Pressemitteilung vom 16.09.2020 habe sich Stadt Ansbach, wie zahlreiche Kommunen in Deutschland bereit erklärt, Flüchtlinge aus dem zerstörten Lager Moria aufzunehmen.
Der Freistaat Bayern werde in einem Verfahren der Stadt Flüchtlinge zuweisen, ein kommunaler Alleingang sei nicht möglich. Eine Aufnahme von Flüchtlingen sei aber möglich ohne Beitritt zur Initiative „Seebrücke".
Herr OB Deffner bestätigt, dass die Stadt Ansbach mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung ihrer moralischen Verpflichtung, Flüchtlinge aufzunehmen nachkomme. Allerdings solle man sich nicht in die Außenpolitik der Bundesregierung einmischen

Nach dem Hinweis aus dem Gremium, den Antrag in der nächsten Sitzung des Stadtrates zu behandeln bzw. den Antragstellern ein Rederecht einzuräumen, schlägt Herr OB Deffner vor, nachdem heute alle Stadtratsmitglieder und auch viele Mitglieder des Jugendrates anwesend seien, den Antrag heute zu behandeln.
Der Vorschlag wird **einstimmig angenommen**.

Herr OB Deffner erteilt dem Mitglied des Jugendrates, Oskar Pöpel, das Wort.

Herr Pöpel erklärt, dass der Antrag keine Kopie des Seebrücke-Projektes sei, man habe sich lediglich daran orientiert.
Der Antrag stütze sich auf folgende Punkte

- öffentliche Solidaritätserklärung
- Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung
- Aufnahme von Menschen auf der Flucht
- Kommunales ankommen und Bleiben gewährleisten
- Menschen integrieren
- Zusammen mit der Stabsstelle Integration erstellen eines Konzeptes für Integrationsarbeit
- Sicherstellen einer beruflichen, sozialen, politischen und interkulturellen Integration
- Menschen auf der Flucht sollen nicht nur eine Unterkunft geboten werden, es soll ein Ort der Zuflucht geboten werden.

Herr OB Deffner lässt zunächst über den Antrag des Jugendrates, *die Stadt Ansbach möge sich der internationalen Kampagne „Seebrücke" anschließen und zum sicheren Hafen für Flüchtlinge erklären*, abstimmen.

Der Antrag wird mit **25 Stimmen abgelehnt**.

Anschließend wird über den Antrag der Verwaltung abgestimmt.

Der Stadtrat beschließt, dass die Stadt Ansbach innerhalb einer europäischen und deutschen Lösung Familien aus dem griechischen Flüchtlingslagern aufnimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen und alle zur

Verfügung stehenden Mittel des Freistaates Bayern und des Bundes zu nutzen, Finanzielle Aufwendungen, die nicht staatlich finanziert werden, werden durch die Stadt Ansbach getragen.

Der Verwaltungsvorschlag wird mit **37 Stimmen angenommen**.

TOP 7 Neufassung Hundehaltungsverordnung

Herr Nießlein verweist auf den Sachvortrag und die mehrheitliche Empfehlung aus dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vom 22.09.2020.

Ein erneuter Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Verordnung zum Schutz der Öffentlichkeit vor Gefahren durch Hunde (Hundehaltungsverordnung – HVO) in der Fassung des Entwurfs vom 25.08.2020 neu zu erlassen.
Der der Sitzungsvorlage beigefügte Verordnungsentwurf ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Einstimmig beschlossen.

TOP 8 Stadtbau Ansbach - Fischerstraße 2 Zustimmung zur Planung

Wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 9 Partnerschaftsanfrage Marienburg

Frau Wilhelm erinnert an die Behandlung des Tagesordnungspunkts im Schul- und Kulturausschuss und der Empfehlung das Vorhaben weiter zu verfolgen sowie das schulische Interesse und die förderrechtlichen Bedingungen abzufragen. Zudem wurde das Thema im Fraktionsgespräch am 10.9. nochmals besprochen und es wurde vereinbart, zunächst Abstand von einer Partnerschaft mit Marienburg zu nehmen, da

- der Personalaufwand eine Stundenmehrung von 8 Wochenstunden mit sich bringt
- Marienburg bereits zwei deutsche Partnerstädte habe

- Die Corona-Pandemie die Bedingungen für eine Etablierung der Partnerschaft erschwere

Aus dem Gremium erfolgt der Vorschlag den 2.Satz zu streichen. Eine Abfrage unter den Vereinen bezüglich Interesse erzeuge einen unnötigen Aktionismus.

Zunächst erfolgt die **Abstimmung über den Verwaltungsvorschlag**
„Eine Partnerschaft mit einer osteuropäischen Stadt wird mittelfristig angestrebt. Zuvor ist eine Abfrage unter den Vereinen bezüglich Interesse zu starten".

Dieser Vorschlag wird mit **31 Stimmen abgelehnt**

Anschließend wird über den **neuen Vorschlag**
„*Eine Partnerschaft mit einer osteuropäischen Stadt wird mittelfristig angestrebt" abgestimmt.*

Dieser Vorschlag wird **einstimmig angenommen**.

TOP 10	**Anpassung Mietobergrenzen im Stadtgebiet Ansbach für die Zeit ab dem 01.01.2020**

Herr Nießlein verweist auf den Sachvortrag und die einstimmige Empfehlung aus dem Ausschuss für Soziales vom 09.09.2020.

Ein erneuter Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Obergrenzen für Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II bzw. SGB XII rückwirkend zum 01.01.2020 nach der der Beschlussvorlage beiliegenden Tabelle auf die Werte der Mietstufe II/Höchstbeträge nach § 12 WoGG zuzüglich eines 10-prozentigen Zuschlags (vgl. Nr. 35.01 Abs. 7 Satz 5 der Sozialhilferichtlinien [SHR] des Bayerischen Städtetages und des Bayerischen Landkreistages vom 15.01.2020) zu erhöhen.
Die beigefügte Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

Einstimmig beschlossen.

TOP 11	**Berufung neuer Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss (Wahlperiode 2020 - 2026)**

Herr Nießlein verweist auf den Sachvortrag und die einstimmige Empfehlung aus dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vom 22.09.2020.

Ein erneuter Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, Herrn Viorel Lapping als neues stimmberechtigtes Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss zu bestellen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 12	**Grundsatzbeschluss zur Weiterführung des Verfahrens des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. Ne 5 "für einen Teilbereich zwischen der St 2255 und dem Strüther Berg - Wohngebiet und Pflegeeinrichtung Weinberg West"**

Herr Büschl verweist auf den Sachvortrag und die mehrheitliche Beschlussempfehlung im Bauausschuss vom 14.09.2020.

Er erläutert im weiteren die möglichen Varianten der Anbindung der Bayreuther Straße.

In der anschließenden Diskussion wird angeregt bzw. festgestellt.

- das neue Quartier soll durch eine Verlängerung der Bayreuther Straße an die Staatsstraße angebunden werden
- auf der Bayreuther Straße sollen geschwindigkeitsreduzierende und verkehrsberuhigende Maßnahmen gemacht werden
- die Kosten für den Gehweg auf der Westseite der Rügländer Straße (Alter Strüther Berg) trägt der Investor, die Kosten für den Gehweg auf der Ostseite übernimmt die Stadt.
- im Gremium bestehen Bedenken, dass beim ersten Anwendungsfall des Ansbacher Wohnbaumodells dieses bereits „ausgehebelt“ werde.
- mit einem städtebaulichen Vertrag solle eine Obergrenze für die Kosten der Reihenhäuser festgesetzt werden
- im Beschluss wird unter Punkt F…Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, ein weiterer Satz eingefügt:
  Eine physische Abhängung der Rügländer Straße wird angestrebt
- im Beschlussvorschlag Punkt D wird eingefügt … *für einen Anteil von* ***mindestens*** *25%*

Auf Anregung von Herrn Schildbach, wird über die Beschlusspunkte einzeln abgestimmt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die unten genannten Punkte als Grundsatzbeschluss und Handlungsauftrag:

A) Die Anbindung der Bayreuther Straße an die St 2255 ist in ausreichender Breite als Trasse im vorhabenbezogenen Bebauungsplan Ne 5 „für einen Teilbereich zwischen der St 2255 und dem Strüther Berg - Wohngebiet und

Pflegeeinrichtung Weinberg West" für die künftige Planung freizuhalten und den Entwurf des Bebauungsplanes entsprechend anzupassen. Die Kostenteilung zwischen Investor und Stadt Ansbach beträgt 20 zu 80 für die neue Anbindung. Dies wird vertraglich entsprechend geregelt.
gegen 11 Stimmen angenommen

B) Im noch abzuschließenden städtebaulichen Vertrag wird die Herstellung der Anbindung der Bayreuther Straße an die St 2255 durch den Vorhabenträger, sowie die Übertragung der Straßenbaulast an die Stadt Ansbach festgesetzt.
gegen 11 Stimmen angenommen

C) Die Verwaltung wird beauftragt, eine Verschiebung der Ortsdurchfahrtsgrenzen (OD-V und OD-E) nach Norden bei der Regierung von Mittelfranken zu beantragen.
gegen 8 Stimmen angenommen

D) Die Verwaltung wird beauftragt, die Festsetzung von Kaufpreis- oder Mietpreisobergrenzen für einen Anteil von **mindestens** 25 Prozent der neu zu schaffenden Wohnfläche im Rahmen des städtebaulichen Vertrags festzusetzen.
einstimmig angenommen

E) Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kreuzungsvereinbarung mit dem Staatlichen Bauamt für die Anbindung der Bayreuther Straße an die St 2255 abzustimmen.
gegen 11 Stimmen angenommen

F) Unter der Bedingung des Inkrafttretens des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes werden folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur umgesetzt:
   1. **Eine physische Abhängung der Rügländer Straße wird angestrebt.**
   2 Herstellung des Gehwegs östlich/westlich an der Straße am Strüther Berg
   3 Umgestaltung der Bayreuther Straße mittels markierten Parkständen ähnlich der Straße Galgenmühle
   4 Einrichtung einer Haltelinie „bei Rot hier halten" in der Rettistraße

gegen 1 Stimme angenommen

Geeignete Planungen sind dem zuständigen Bauausschuss jeweils zeitgerecht zur Entscheidung vorzulegen.
einstimmig angenommen

TOP 13 Aufhebung der Sanierungssatzungen

Herr Büschl verweist auf den ausführlichen Sachvortrag und der einstimmigen Empfehlung aus dem Bauausschuss vom 09.09.2020 und ergänzt einige wichtige Punkte.

- Es handelt sich hierbei um eine gesetzlich vorgegebene Maßnahme
- Ein Ermessensspielraum zu den Regelungen §§ 152 und 156 BauGB besteht nicht
- Ziel sei, eine Überführung vom umfassenden Verfahren in ein einfaches Verfahren.
- Die etwaigen Beiträge sollen in die Gesamtmaßnahme wieder investiert werden
- Benötigen personelle Unterstützung

- Die Vergabe des Gutachtens ist förderfähig
- Verweis auf die Antwort des Reg. Präsidenten Dr. Bauer vom Februar 2020 mit dem Hinweis auf die Bagatellklausel.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur Aufhebung der Sanierungssatzungen der Stadt Ansbach bzw. die Überführung ins „vereinfachte Verfahren“ vorzubereiten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Abrechnung aller Sanierungsgebiete voranzutreiben.
3. Zur Unterstützung der Bearbeitung und Einleitung der Verfahren wird im Amt 30 eine Verwaltungskraft (3.QE) eingestellt.

Einstimmig beschlossen.

TOP 14	**Theater Ansbach - Kultur am Schloss eG; Jahresabschluss 2019**

Herr Jakobs verweist auf den Sachvortrag und die einstimmige Empfehlung aus dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vom 22.09.2020.

Ein erneuter Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der vorgelegte Jahresabschluss 2019 der Theater Ansbach – Kultur am Schloss eG wird gemäß § 5 der Vereinbarung zwischen der Stadt Ansbach und der Genossenschaft anerkannt.

2. Der Betriebsmittelzuschuss 2019 der Stadt Ansbach an die Theater Ansbach – Kultur am Schloss eG wird endgültig auf 997.000,00 € festgelegt.

Abstimmungsergebnis: Ja 35 Nein 3
Mehrheitlich beschlossen.

TOP 15	**Theater Ansbach - Kultur am Schloss eG; Wirtschaftsplan 2021**

Herr Jakobs verweist auf den Sachvortrag und die einstimmige Empfehlung aus dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vom 22.09.2020

Ein erneuter Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Dem vorliegenden Wirtschaftsplan 2021 der Theater Ansbach – Kultur am Schloss eG wird zugestimmt.

Für das Wirtschaftsjahr 2021 gewährt die Stadt Ansbach einen Betriebsmittelzuschuss in Höhe von 1.014.390,00 € sowie einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 31.000,00 €. Die Mittel sind verbindlich im Haushaltsplan 2021 einzuplanen.

Abstimmungsergebnis: Ja 35 Nein 3
Mehrheitlich beschlossen.

TOP 16 Standort der Skulptur „Lilith“

Herr Stephan stellt zu Beginn den Antrag zur GO § 31 Absatz 6.4 auf Schluss der Beratung und Rednerliste, nachdem jede Fraktion zum Tagesordnungspunkt das Wort ergreifen konnte.
Dieser Antrag wird **einstimmig angenommen**

Für die CSU-Fraktion verweist Herr Schaudig auf den gestellten Antrag seiner Fraktion, die Umsetzung der Bronzeplastik „Lilith“ innerhalb des Karl-Burkhardt Platzes/ Teil Johann Sebastian Bach Platzes. Konkret werde die kleine Grünfläche vor dem Café am Schloss vorgeschlagen. Alternativ wäre ein Standort rechts oder links des Eingangstores zur Reitbahn vorstellbar. Er begründet den Antrag damit, dass die Expertise der Fachleute nicht schweigend übergangen werden könnte.

Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt Herr Dr. Schoen, dass seine Fraktion den Antrag der SPD, die Skulptur Lilith an den Standort vor der Herberge zur Heimat umzusetzen, unterstützen werde. Als Alternativstandort wäre auch der Stadtgraben oder der Markgräfliche Pavillon hinter der Fachhochschule möglich.

Herr Dr. Bucka gibt für die Fraktion der BAP bekannt, dass innerhalb seiner Fraktion keine einheitliche Meinung vorherrsche. Alle werden aber eine Versetzung vom jetzigen Standort mittragen. Eine Entscheidung sollte unter Einbeziehung der Künstler getroffen werden.

Als Fraktionsvorsitzender der SPD bezieht sich Herr Porzner auf den eingereichten Antrag der SPD, die Figur der Lilith an den Standort vor der Herberge zur Heimat umzusetzen. Dem Antrag der CSU werden sie nicht zustimmen.

Für die Fraktion der Freien Wähler/ Die Ansbacher gibt Herr Dr. Kupser bekannt, dass seine Fraktion einen Antrag mit drei möglichen Standorten gestellt haben und diesen vor der Sitzung Herrn OB Deffner übergeben habe. Als favorisierten Standort sehe seine Fraktion den Garten neben dem Markgräflichen Pavillon. Der vorgeschlagene Standort der CSU am Schlossplatz vertrage keine weitere Skulptur und sei auch kein angemessener Standort.

Herr Meyer, Fraktionsvorsitzender der Offenen Linken erklärt, seine Fraktion werde den Vorschlag der Verwaltung auf Umsetzung der Skulptur an den Standort vor der Herberge zur Heimat unterstützen. Der Standort sei zwar nicht optimal, könnte aber durch die Skulptur eine Aufwertung erreichen.

Herr Seiler, Fraktionsvorsitzender der ödp, informiert, dass auch innerhalb seiner Fraktion keine mehrheitliche Meinung bestehe. Der Standort am Schlossplatz sei nicht geeignet. Vorstellbar seien der Standort an der Herberge zu Heimat oder auch der Stadtgraben, da bei beiden Plätze eine Umsetzung ins Grüne Erfolge.

Für die AfD erklärt Herr Meier, dass seine Fraktion dem Antrag der CSU zustimmen werde.

Abschließend erklärt Frau Wilhelm, dass die Künstler Frau Tesche-Mentzen über alle Anträge/Vorschläge der Fraktionen informiert wurde, aber keinen anderen Standort wünsche. Sie würde sich allenfalls auf eine Versetzung um 1-2m einlassen und bittet darum, eine friedliche Einigung zu finden. Frau Wilhelm führt weiter an, dass aus Sicht der Verwaltung der Standort vor dem Café am Schloss am Karl-Burkhardt-Platz nicht möglich sei, da die Fläche nicht der Stadt gehöre. Ein Standort vor bzw. in der Reitbahn könne zu Probleme mit dem Denkmalschutz führen. Sie weist weiter darauf hin, dass alle Vorschläge der Bürger einen Bezug zur Natur haben und auch vom Fachgremium als passend eingestuft wurden.

Eine von Herrn OB Deffner vorgeschlagene Beratungspause wird abgelehnt.
Anschließend erfolgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Zunächst wird über den **Antrag der SPD-Fraktion** auf Umsetzung der Skulptur an den Standort vor der Herberge zur Heimat umzusetzen, abgestimmt.
Dieser Antrag wird **gegen 25 Stimmen abgelehnt**

Als nächstes erfolgt die Abstimmung über **den Antrag der CSU-Fraktion**, die Skulptur innerhalb des Karl-Burkhardt-Platzes/ Teil Johann-Sebastian-Bach-Platz umzusetzen.
Dieser Antrag wird **gegen 32 Stimmen abgelehnt**

Weiterhin wird über den weiteren Verwaltungsvorschlag, die **Skulptur auf die Rasenfläche am Stadtgraben unterhalb der Jahnstraße** umzusetzen, abgestimmt.
Dieser wird **gegen 38 Stimmen abgelehnt**

Dann erfolgt die Abstimmung, über einen weiteren Verwaltungsvorschlag**, die Skulptur Lilith vom Karl-Burkhardt-Platz in den Garten neben dem Markgräflichen Pavillon umzuziehen**, abgestimmt.
Dieser Vorschlag wird mit **27 Stimmen angenommen**

Herr OB Deffner bittet nunmehr um **Abstimmung, ob der endgültige Standort am Pavillon durch die Verwaltung festgelegt werden kann**
Gegen **1 Stimme angenommen**

TOP 17	Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)

Die Geheimhaltung bleibt bei allen Punkten bestehen.

Auflageverfahren

Die Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 22.07.2020 wurde durch Auflage genehmigt.

Thomas Deffner Oberbürgermeister	Doris Thum-Wolf Schriftführer/in